

SCHWIER: Es liegt mir fern, die Schuld nur auf der Gegenseite zu suchen. Ich möchte ein wenig überspitzen, um deutlich zu machen, worum es mir geht.

Einige Bildungspolitiker der SPD unterscheiden sich von ihren entschiedensten Gegnern, den Scharfmachern in der CDU, in einem Punkt leider überhaupt nicht. Die einen wie die anderen ziehen einen scharfen Trennungsstrich zwischen den Gesamtschulen und den anderen Schulen, insbesondere den Gymnasien. Dabei haben Gesamtschulen und Gymnasien weit mehr gemeinsam, als man es angesichts der erbittert ausgetragenen Kämpfe annimmt. Die Gesamtschule hat das Gymnasium verändert.

SPIEGEL: Würden Sie das auf einer Tagung des Philologenverbandes behaupten, würden Sie ausgepiffen.

SCHWIER: Das wäre nichts Neues. Vor 15, 20 Jahren wurden in den ersten Gesamtschulen Gedanken verwirklicht, die den anderen, den herkömmlichen Schulen fremd waren. Ich nenne nur Stichworte: Förderung statt Auslese, Kurse statt Klassen, mehr Nähe zur Wirklichkeit des Schülers, individuelle Bildungswege. In der Gesamtschule sind dies Hauptpunkte, sie machen ihr Wesen aus. Und wie ist es heute an den Gymnasien? Nichts von dem, was ich nannte, ist dem heutigen Gymnasium noch völlig fremd.

Nehmen Sie das Stichwort „Durchlässigkeit“. Bei den Gesamtschulen ist sie Prinzip, aber seit es Gesamtschulen gibt, ist die Durchlässigkeit auch zwischen Gymnasien, Haupt- und Realschulen weit stärker geworden.

SPIEGEL: Gut, in diesem Sinne mag die Gesamtschule das Gymnasium verändert haben. Hat umgekehrt das Gymnasium auch die Gesamtschule beeinflusst?

SCHWIER: Die Konkurrenz hat natürlich dazu geführt, daß die Gesamtschule vom Gymnasium Teile der Pädagogik und der Leistungsanforderungen übernehmen mußte. Die Gesamtschule hat keine eigene Oberstufe, sondern die gleiche wie das Gymnasium. Da bleiben Rückwirkungen nicht aus.

SPIEGEL: Und was bleibt, worin unterscheidet sich die heutige Gesamtschule noch eindeutig vom heutigen Gymnasium?

SCHWIER: Sie umfaßt alle Schulformen und zeichnet sich durch mehr Unterrichtsangebote aus. Sie ist die Schulform, die zu keinem ihrer Schüler sagt: „Du paßt mir nicht und mußt deswegen an eine andere Schule.“ Sie will und kann fast jeden Schüler zu einem Erfolg führen, während am Gymnasium jeder andere Abschluß als das Abitur als Versagen angesehen wird.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DDR

Von A bis D

Das Gesundheitswesen der DDR steckt in einer Krise: Ärzte wollen auswandern, Medikamente sind knapp.

Die DDR, verkündete Gesundheitsminister Ludwig Mecklinger vor einigen Wochen, „zählt zu den 15 Staaten mit der größten Arztdichte.“ 425 DDR-Bürger teilen sich derzeit einen Mediziner. Bis 1990 sollen es, so der Genosse Minister stolz, nur noch 380 sein.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Von den über 40 000 Ärzten in der DDR ha-



DDR-Gesundheitsminister Mecklinger
Verschachteltes System ausgeklüngelt

ben nach seriösen Angaben 4500 ihren Staat per Ausreiseantrag wissen lassen, daß sie ihn auf immer Richtung Westen verlassen wollen.

Und die Zahl steigt. In keinem anderen Berufsstand ist die Unzufriedenheit verbreiteter als unter den ostdeutschen Ärzten. Sie stellen das größte Kontingent unter denen, die Verwandtenbesuche in der Bundesrepublik zum Absprung nutzen. Würden die Behörden allen Anträgen auf Emigration stattgeben, brähe, so ein Ost-Berliner Funktionär, „die medizinische Versorgung der Bevölkerung zusammen“.

Daß vor allem Mediziner der Westen lockt, ist verständlich: In der DDR sind sie durchschnittlich besoldete Gehaltsempfänger in staatlichen Praxen, Polikliniken und Krankenhäusern, gegängelt von der Bürokratie und mißtrauisch überwacht von der SED. Die wenigsten

dürfen als „Reisekader“ an Fachkongressen im Westen teilnehmen, fürs berufliche Fortkommen zählt die ideologische Zuverlässigkeit häufig mindestens soviel wie das fachliche Können.

Doch das allein hat den allgemeinen Mediziner-Frust in der DDR nicht ausgelöst. Viele Ärzte sind ganz einfach verärgert über Mängel, Schlamperei und Korruption im sozialistischen Gesundheitswesen, vor allem bei der Versorgung mit Medikamenten.

Da in der DDR für alle in der Sozialversicherung Versicherten die Arzneien kostenlos sind, hat das Gesundheitsministerium ein verschachteltes System ausgeklüngelt, um den rapide steigenden Konsum an Tropfen, Zäpfchen und Pillen zu drosseln.

Alle Medikamente sind in vier „Nomenklaturen“ von A bis D eingeteilt. Nur die etwa 300 Medikamente und etwa 1200 Hilfsmittel der Nomenklatur A (wie Verbandsmaterial) kann jeder Arzt verschreiben. Die Medikamente der Nomenklaturen B bis D dürfen nur von bestimmten Fachärzten verordnet und nur durch die zuständige Bezirksapothek e geliefert werden.

Die vom Ministerium herausgegebenen Arzneimittelinformationen enthalten zudem regelmäßig Hinweise, wie knapp gewordene Arzneimittel zu ersetzen sind – ohne Rücksicht auf die Patienten.

So empfehlen die Behörden etwa, das knappe ungarische Präparat Cavinton bei der Behandlung von zerebrovaskulärer Insuffizienz (Mangeldurchblutung des Gehirns) durch das DDR-Präparat Cerutil zu ersetzen – obwohl über dessen spezifische Wirksamkeit keine pharmakologisch-klinischen Untersuchungen vorliegen und Cerutil von den Patienten wegen starker vegetativer Begleiterscheinungen abgelehnt wird.

Zur „Verschreibungsökonomie“ der Gesundheitsplaner gehört auch, daß Ärzte die teuren Medikamente der Nomenklatur C und D nur mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten und per Sonderauftrag bestellen dürfen. Für bestimmte Erkrankungen, etwa Parkinson oder Diabetes, gibt es zudem jeweils nur eine zentrale Behandlungsstelle in der DDR, über die allein auch die spezialisierte medikamentöse Therapie mit Importpräparaten läuft. Die Folge sind Wartezeiten bis zu einem halben Jahr.

Bei der Arzneimittelversorgung zeigt sich zudem immer wieder die Unfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft, die vorhandenen Waren bedarfsgerecht auf das ganze Land zu verteilen. Während am einen Ende der DDR dringend benötigte Medikamente in einer Wochen dauernden bürokratischen Proze-

dur beschafft werden müssen, verfallen sie etwa in der Metropole Berlin.

Im größten Krankenhaus der DDR, der Ost-Berliner Charité, fehlten nach Angaben des Chefapothekers Dr. Zier im Sommer 1987 einfache Medikamente gegen Durchfall und Durchblutungsstörungen sowie Anker-Plast-Spray und Capsicum-Pflaster. Zugleich drohten teure Mittel aus dem Westen, etwa das Herzmittel Cordalin, zu verfallen, weil sie zu wenig geordert wurden.

Das Chaos führte zu absurden Situationen. Ein 17-jähriges Mädchen bekam Lanicort-Salbe gegen Schuppenflechte verschrieben. Da das aus Polen eingeführte Präparat der Nomenklatur A in der Apotheke am Stadtrand von Berlin nicht zu kriegen war, sondierte der Vater zunächst die Versorgungslage. „In den normalen Apotheken in Berlin“, so die diskrete Auskunft, „sieht es schlecht aus. Aber das Regierungskrankenhaus in Buch hat das Zeug kiloweise.“

Daraufhin schrieb der Vater eine Eingabe an das Gesundheitsministerium. Nach zehn Tagen bekam er tatsächlich Antwort: eine Entschuldigung für den durch polnische Lieferschwierigkeiten verursachten Salbenmangel und die Zusage, die zuständige Bezirksapotheke sei angewiesen, die Bürgerin umgehend mit Salbe zu versorgen.

Die jedoch war, als die Patientin mit dem Schreiben in der Apotheke erschien, keineswegs vorrätig, sondern erst nach nochmaliger Beschwerde – acht Wochen nach Ausstellung des Rezepts.

Im Mangel sind indes nicht alle Bürger gleich. Höhere Kader von Partei und Regierung verfügen über eigene Krankenhäuser, die mit Vorrang versorgt werden. In Buch am Rand von Ost-Berlin liegen nebeneinander eine Klinik für Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit, ein Spital für die obersten Hundert aus SED und Regierung sowie ein städtisches Krankenhaus für den Rest der Bevölkerung.

Von der Ost-Berliner Misere profitieren auch Geschäftsleute im Westen der Stadt. „Für die Kader“, sagt der Vertreter einer West-Berliner Arzneimittelfirma, „wird alles beschafft und jeder Preis akzeptiert. Die Oberapotheker der Charité und des Regierungskrankenhauses in Buch sind jede Woche bei uns.“

Um den Mangel der Massen wenigstens zu lindern, griffen die SED-Oberen zu einem bewährten Rezept: Sie lockerten die Bestimmungen für Geschenkpakete aus dem Westen. Im November 1987 veröffentlichte das Gesundheitsministerium eine Liste von 286 westlichen Arzneimitteln, die seither gegen Vorlage eines DDR-Rezeptes ins Land geschickt werden dürfen.

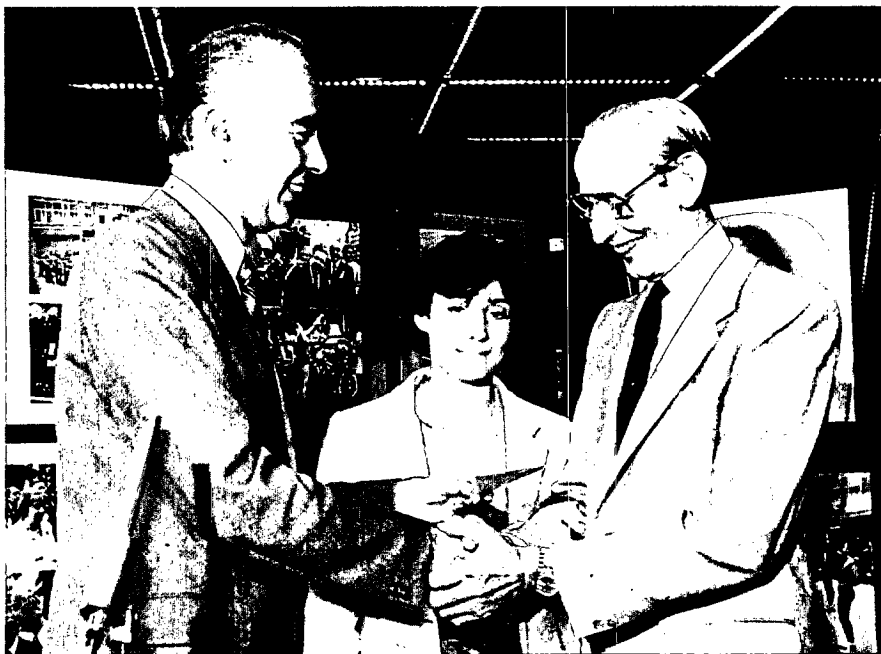
Einige westliche Pharmahersteller besaßen dieses Dokument allerdings schon im Frühjahr 1987: Sie hatten über die staatliche ostdeutsche Außenhandelsfirma Germed dafür gesorgt, daß sie selbst gebührend auf der Liste vertreten sind.

FREIDEMOKRATEN

Wegen Hygiene

Nachdem Spendensammler Hans Friderichs als Europa-Spitzenkandidat gescheitert ist, will er Chef der angesehenen Deutschen Sporthilfe werden.

Auf Otto Graf Lambsdorff ist Verlaß, für einen alten Parteifreund geht der Freidemokrat seit Monaten auf Stimmenfang. So unterstützte er im Präsidium die Nominierung von Hans Friderichs zum FDP-Spitzenkandidaten bei der Europa-Wahl nächstes Jahr vehement, aber erfolglos. Nun rührt sich der Graf bei den Bekannten von der Industrie.



Sporthelfer Friderichs, Neckermann*: „Alles bis zum letzten Ende durchstehen“

Auf die nämlich und ihr Geld kommt es an, wenn die Stiftung Deutsche Sporthilfe, die mit Millionensummen das Training von Spitzenathleten fördert, einen neuen Chef beruft. Amtsinhaber Josef Neckermann, 76, scheidet dieses Jahr aus, Friderichs will unbedingt Nachfolger werden.

Die Werbetour des Grafen ist so uneigennützig nicht. Beide Liberale, der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und sein Amtsvorgänger Friderichs, hatten ähnliche Schicksalsschläge zu erdulden, als sie über die Flick-Affäre stolperten und im Februar 1987 rechtskräftig zu Geldstrafen verurteilt wurden. Wenn dem vorbestraften Friderichs die Rückkehr in angesehene Ehrenämter gelänge, wäre es für den ebenfalls vorbestraften Lambsdorff leichter, Widerständen gegen seine Kan-

* Bei der Übergabe einer Dresdner-Bank-Spende an die Deutsche Sporthilfe; in der Mitte die Fecht-Olympiasiegerin Cornelia Hanisch.

didatur für den FDP-Vorsitz zu begehren.

Eine Wahl von Friderichs zum Sporthilfe-Chef könnte dann den Lambsdorff-Anhängern als Beleg für die These herhalten, die der ehemalige Flick-Berater und heutige Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann vertritt – daß die Flick-Affäre doch „kein Schwein mehr interessiert“. Die große Mehrheit der Bevölkerung, so zeigen Umfragen von Emnid, ist zwar anderer Meinung: 74 Prozent sind dagegen, daß der verurteilte Lambsdorff Parteivorsitzender wird. Doch in Hintergrundgesprächen trutzte der Graf, er werde von Delegierten und nicht von der Bevölkerung gewählt.

Aber so reibungslos, wie das Duo hofft, wird sich auch das Comeback des Sporthelfers Friderichs, der seit 1978

dem Vorstand der Stiftung angehört, nicht vollziehen. Bei kritischen Funktionären kann ihm gerade seine Spezialbegabung zum Verhängnis werden – das Spendensammeln.

Aufgabe des Neckermann-Nachfolgers ist vor allem, Geld für eine Stiftung einzutreiben, die in 21 Jahren mehr als 220 Millionen Mark für 15 000 Athleten ausgegeben hat. Schon wegen der „Hygiene“, meint Volleyball-Präsident Roland Mader, sei der wegen Spendengeschäften verurteilte Friderichs dafür nicht der rechte Mann. „Wir können doch nicht“, sekundiert Ski-Vizepräsident Dieter Hummel, „jemanden zum Chef der Verkehrswacht machen, der wegen fahrlässiger Tötung im Straßenverkehr vorbestraft ist.“ Auch Neckermann lehnt den Kandidaten ab: Friderichs habe die Erwartungen enttäuscht.

Gleichwohl ist die Bewerbung von Friderichs, ehemals Vorstandssprecher der